

12.10.2023

ANTRAG

der Abgeordneten Kasser, Dorner, Mag. Zeidler-Beck, MBA, Schnabel, Krumböck, BA und Bors

betreffend **Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur**

Die Rahmenbedingungen für eine energieunabhängige Zukunft Niederösterreichs zu schaffen ist Kernaufgabe der Politik. Aus diesem Grund müssen erneuerbare Energieträger weiter ausgebaut und so die Abhängigkeit vom Ausland reduziert werden. Dabei soll neben dem Ausbau von Photovoltaik-, Windkraft- und Biomasseanlagen auch auf zusätzliche Technologien gesetzt werden.

Erneuerbarer Wasserstoff ist einer der Hoffnungsträger der Energiewende und dringend benötigte Alternative zu fossilem Erdgas. So sieht die österreichische Wasserstoffstrategie bis 2030 unter anderem den Aufbau von 1 GW Elektrolysekapazität und den Ersatz von fossilen Gasen mit erneuerbarem Wasserstoff vor.

Wichtig zur Erreichung dieser Ziele ist der Ausbau der Infrastruktur für erneuerbaren Wasserstoff. Ohne eine neu zu schaffende Transportinfrastruktur wird es keine österreichische Wasserstoffwirtschaft geben. Konkrete Projekte zur Errichtung und dem Betrieb von Leitungsinfrastruktur scheitern derzeit aber an der zuständigen Regulierungsbehörde, da es noch weiterer gesetzlicher und regulatorischer Konkretisierungen für Wasserstoff bedarf.

Zusätzlich dazu ist eine rasche Festlegung der Tarifbildung notwendig.

Dabei müssen alle Marktteilnehmer, unabhängig vom Zeitpunkt des Eintritts in die Netzbenutzung, gleich behandelt und die Rentabilität der Investitionen in die Netzinfrastruktur langfristig abgesichert werden.

Aus diesem Grund soll die Bundesregierung aufgefordert werden schnellstmöglich die rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen im Gaswirtschaftsgesetz (GWG) oder im Rohrleitungsgesetz zu schaffen und dadurch den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur und einer österreichischen Wasserstoffwirtschaft zu ermöglichen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

"Die NÖ Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern, die Grundlagen und nötigen rechtlichen Rahmenbedingungen zum Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur und zur Realisierung von Projekten gemeinsam mit der Regulierungsbehörde und Stakeholdern der Energiewirtschaft zu schaffen."

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem UMWELTAUSSCHUSS so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, sodass eine Behandlung in der Landtagssitzung am 25. Oktober 2023 erfolgen kann.